

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Plenums vom 18.05.2018

Betreff: LKW-Kartell, - Information der Verwaltung - Beschluss Nr. 8 des
Verwaltungssenates vom 16.11.2017 - Nachprüfungsantrag des Herrn
Oberbürgermeisters Alexander Putz vom 21.11.2017, Nr. 613

Referent: Ltd. Rechtsdirektor Harald Hohn

Von den 45 Mitgliedern waren 35/37 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

mit --- gegen --- Stimmen beschlossen: (siehe Einzelabstimmung)

1. Vom Bericht der Verwaltung über ein Kartell der Lkw-Hersteller MAN, Volvo/Renault, Daimler, Iveco, DAF und Scania im Zeitraum von 1997 bis 2011, das Einfluss auf Preise von durch die Stadt Landshut angekauften Lastkraftwagen gehabt haben könnte, von der drohenden Verjährung erster Ansprüche nach dem 30.06.2018 und vom bisherigen Fehlen von für eine Klageerhebung nötigen Tatsachenkenntnissen, insbesondere der Unklarheit darüber, ob überhaupt ein Schaden entstanden ist, wird Kenntnis genommen.
2. Es besteht kein Einverständnis damit, dass beim derzeitigen Kenntnisstand von einer Verfolgung potentieller Schadensersatzansprüche abgesehen wird.

Abstimmung: 28:7

3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu nächsten Plenum die Möglichkeiten für verjährungshemmende Maßnahmen nochmals darzulegen und für die Fälle, in denen zum 30.06.2018 schon die Verjährung droht, zunächst einen Mahnbescheid zu erwirken.

Abstimmung: 37:0

Landshut, den 18.05.2018

STADT LANDSHUT



Alexander Putz
Oberbürgermeister